

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 107

Wildbad, Dienstag, den 11. Mai 1920.

54. Jahrgang

Die bisherigen Leistungen an den Feind.

Die Vertreter, die Deutschland nach Spa schiden wird, um die angeblichen Vertragsverletzungen zu rechtfertigen und über die Zahlungsfähigkeit des Reichs Auskunft zu geben, werden dem Obersten Rat auch eine Rechnung aufmachen über das, was von Deutschland an die Verbündeten bereits geleistet worden ist. Und das ist nach amtlicher Mitteilung folgendes:

Nach dem Friedensvertrag ist Deutschland bekanntlich aufgelegt, bis zum 1. Mai 1921 die Summe von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen und bis zum Jahr 1926 weitere 40 Milliarden Goldmark. Wir müssen es als selbstverständlich ansehen, daß auf diese Summen die Leistungen in Anrechnung gebracht werden, die Deutschland bereits an Gütern und Werten geleistet hat. Es wird freilich nicht ohne weiteres festzustellen sein, wie diese Werte sich in Goldmark darstellen, doch geht die Regierung von der Voraussetzung aus, daß angesichts der finanziellen Friedensverhältnisse für die Bewertung von Gütern die Goldmark der Papiermark gleichzusetzen ist.

An erster Stelle sind als eine Deutschland gutzuschreibende Leistung zu nennen die Saargruben, deren Wert nach sachverständigem Urteil des preussischen Handelsministeriums mit einer Milliarde nicht zu hoch angelegt ist.

Es folgen das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, das einen Wert von fast sieben Milliarden darstellt, wobei nicht berücksichtigt sind die staatlichen Liegenschaften in Elsaß-Lothringen, in Eupen-Malmédy, das staatliche Eigentum im Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen und ebenso nicht der deutsche Kolonialbesitz.

Danach sind in Ansatz zu bringen die bisher tatsächlich geleisteten Wiedergutmachungen gemäß Artikel 236 des Friedensvertrags, so wie sich die Reihe dieser Posten um Mitte April darstellt; es handelt sich dabei um Werte von insgesamt etwa 2,5 Milliarden an Wiederaufbaumaterial, an Tieren, Maschinen, an Kohle (im Wert von 740 Millionen), an Farbstoffen, um die deutschen Kabel, um Eisenbahnmateriale (dessen Wert auf 750 Millionen veranschlagt wird), um Kali und Saatgut.

Für die deutsche Handelsflotte wird ein Wert von rund achteinviertel Milliarden in Ansatz zu bringen sein.

Ein weiterer Posten wird dargestellt durch die in Frankreich und Belgien gebliebenen Rücklagsgüter, die die militärischen Depots und die Gegenstände nicht militärischer Natur umfassen, die bei der Räumung des feindlichen Gebiets zurückgelassen worden sind, und die nach sachverständiger Schätzung Werte von insgesamt sieben Milliarden darstellen.

Eine ebenfalls auf die Wiedergutmachung unbedingt anzurechnende Leistung stellt dann die Auflösung der deutschen Unternehmungen im Ausland dar. Hier handelt es sich tatsächlich um unübersehbare Milliardenwerte, da diese Unternehmungen von hervorragender produktiver Bedeutung waren, und ihr Verlust ist neben dem der deutschen Handelsflotte wohl der schwerste Schlag, der dem wirtschaftlichen Wiederaufleben Deutschlands zugefügt wird. Geirig gerechnet, wird der Verlust auf mindestens 7 Milliarden zu veranschlagen sein.

Einen besonderen Posten stellen schließlich die Staatsschulden Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei bei Deutschland dar, deren Nennwert auf sieben Milliarden beziffert wird; hier ist eine nochmalige Durchrechnung zur Festsetzung eines mittleren Kurzwerts beabsichtigt.

Es kommen weiter in Frage die Zölle und Steuern in den besetzten Gebieten, die die Entente zurzeit für sich einbehält und nicht an uns abführt; sie belaufen sich bis Ende März auf 212 Millionen Mark.

In diese Zusammensetzung ist noch eine ganze Reihe von Einzelposten nicht aufgenommen; so z. B. die Anteile, die die abgetretenen Gebiete von der Vorkriegsschuld des Reichs zu übernehmen verpflichtet sind. Es ist zweifelhaft, in welchem Ausmaß das geschehen wird. Ferner ist beispielsweise nicht berücksichtigt der Wert des Eisenbahnmateriale, das wir in Polen zurückgelassen haben.

Zu diesen Leistungen kommt aber noch etwas anderes hinzu, was nicht übersehen werden darf, und worüber in den Verhandlungen mit den Vertretern der Alliierten Klarheit geschaffen werden muß, hoffentlich in dem Sinne, daß diese unerträgliche Sonderbelastung Deutschlands beseitigt wird. Es handelt sich um die Aufwendungen für die Besetzungstruppen und für die verschiedenen interalliierten Kommissionen. Im Friedensvertrag ist nicht festgelegt, daß Deutschland diese Aufwendungen zu tragen habe. Die Kosten für das Besatzungsheer beliefen sich bis zum 1. April auf rund drei Milliarden, die Kosten für die interalliierten Kommissionen auf 127,5 Millionen. In welcher unangenehmer Weise durch geradezu phantastische Gehälter für die Angehörigen der Missionen hier mit deutschem Geld gewüßet wird — denn einweilen zahlt Deutschland die Kosten — dafür einige Belege: An die Mitglieder der internationalen Ueberwachungsausschüsse sind nach einer neuerlichen Festsetzung des Obersten Rats folgende monatlichen Entschädigungen zu zahlen: Generale 21 000 Mk., Obersten und Oberleutnants 15 000 Mk., Majore 13 500 Mk., Hauptleute und Subalternoffiziere 12 500 Mk., Feldwebel-Leutnants 5500 Mk., Gemeine 3500 Mk. Die Gesamtaufwendungen allein für diese Gehaltszahlungen belaufen sich auf monatlich 10 Millionen. Dazu kommen die gleichfalls sehr erheblichen Ausgaben für Unterkunft, Verköstigung, vertraglich angestelltes deutsches Personal und Ähnliches. Für die interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstimmungsgebieten sind die Gehälter vom Obersten Rat in englischer Währung festgesetzt. Sie betragen neben freier Unterkunft monatlich: für den Kommissar 250 Pfund, für die Beamten der verschiedenen Klassen und die Sekretäre 100 bis 120 Pfund, für Maschinenschreiber 45 und für Chauffeure 30 Pfund. Das bedeutete zu der Zeit, als der Kurs des englischen Pfund Sterling auf rund 400 stand, für den Kommissar einen Monatsbezug von 100 000 Mk., für den Maschinenschreiber 18 000 und für den Chauffeur 12 000 Mk.; nach dem Kursstand vom 5. Mai bedeutet es für den Kommissar 52 500, für den Maschinenschreiber 9 450, für den Chauffeur 6300 Mk. monatlich. Die Gesamtaufwendungen Deutschlands für die beiden hier aufgeführten Gruppen von Ententeauschüssen (zu denen noch mehrere Arten von Kommissionen kommen) belaufen sich, auf das Jahr berechnet, auf mindestens 400 Millionen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland versuchen wird, zu erwirken, daß ihm diese gewaltigen Aufwendungen bei der Wiedergutmachung in Anrechnung gebracht werden. So groß und lastend diese Aufbürdung allerdings auch ist, sie stellt nur einen bescheidenen Teil von dem dar, was Deutschland zum Nutzen der Alliierten bereits geopfert und geleistet hat.

Letzte Nachrichten.

Unterdrückung der deutschen Luftschiffahrt.

Paris, 10. Mai. Dem Londoner Korrespondenten des „New-York Herald“ wurde von einer maßgebenden englischen Persönlichkeit versichert, daß die deutsche Luftschiffahrt in wenigen Wochen zu bestehen aufhören werde, weil Deutschland im Besitz einer Luftflotte eine ständige Gefahr für Europa bilde. Deutschland soll die Erzeugung von Luftfahrzeugen in Zukunft nicht gestattet werden. Nach dem Waffenstillstand habe Deutschland einen großen Zeppelin „Die Nordsee“ fertiggestellt, dessen Ablieferung die Alliierten jetzt fordern werden.

Dem Land, dessen großer Sohn durch seine geniale Erfindung die Luftschiffahrt geschaffen, soll sie vom Feindesband verboten werden. Wie gut, daß es dem Graien Zeppelin erspart geblieben ist, diese Schmach zu erleben!

Kredit für China.

Tokio, 10. Mai. (Havas.) Zwischen Frankreich, Japan, Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist ein Abkommen über die Gründung einer Bankvereinigung zur Kreditgewährung an China abgeschlossen worden.

Der Aufruhr in Mexiko.

El Paso, 10. Mai. Der Kommandant der mexikanischen Bundesstruppen General Marguis Carcajaston meldet, daß vor seinem Wegzug von Mexiko die im Militärgefängnis von Santiago untergebrachten politischen Geisungen massenweise niedergemetzelt wurden. Unter den Getöteten sollen sich 15 Generale befinden.

Von der Berliner Presse.

Berlin, 10. Mai. Die Berliner Blätter teilen mit, daß infolge Abmachung mit dem deutschen Transportarbeiterverband dem Zeitungsträgerpersonal eine 24stündige Ruhepause gewährt wird und die Montags- und Freitagsausgaben bis auf weiteres nicht mehr erscheinen. Die erste Sonderausgabe zum Straßenverkauf erscheint am Montag mittag.

Paris, 10. Mai. Nach dem „Matin“ ist Millerand eingeladen worden, nach London zu kommen, um das Programm für Spa festzusetzen. „Petit Journal“ meldet aus London, in London wünsche man die Zusammenkunft von Georges und Millerands zu verhindern. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden am 16. oder 17. Mai beginnen.

Rom, 10. Mai. Bei Besprechung von Anfragen über die auswärtige Politik sagte Ministerpräsident Nitti in der Kammer, der Konferenz von Spa komme große politische Bedeutung zu. Die Alliierten werden dort zu prüfen haben, welche von Deutschland übernommenen Verpflichtungen aufrecht erhalten werden sollen. Im Bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland Gelegenheit geben, eine runde Summe zu nennen, die mit Unparteilichkeit geprüft werden solle. Dem deutschen Verlangen auf Befreiung von Geschüben und Flugzeugen werden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle deutschen Wünsche zur Hebung seiner Produktion wohlwollend und eingehend geprüft werden, denn ganz Europa habe ein Interesse daran, daß Deutschland wirtschaftlich sich wieder erhole.

Beschädigtes Kriegsschiff.

Paris, 10. Mai. Wie der „Petit Parisien“ aus Cherbourg mitteilt, ist der abgelieferte deutsche Panzerkreuzer „Thüringen“ beschädigt. Es dringen täglich etwa 70 Tonnen Wasser ein, weshalb Pumpen in Tätigkeit gesetzt werden mußten.

Die Sinn-Feiner.

London, 10. Mai. Reuter meldet, etwa 100 bewaffnete Sinn-Feiner haben die Polizeistation in Clonane in die Luft gesprengt. Drei Nachbarhäuser gingen in Flammen auf.

Krieg im Osten.

Peking, 10. Mai. (Reuter.) Nach einer halbamtlichen Meldung aus Charkow wurden in den letzten Tagen von Japan insgeheim 9 Wagenladungen mit Geschützen und 8 Wagenladungen Munition nach Charkow in Richtung nach Sibirien befördert. Die 5., 13. und die 14. japanische Division sei in Zivilkleidung nach Sibirien abgegangen.

Paris, 10. Mai. Havas berichtet aus Konstantinopel, daß die nationaltürkischen Truppen ihren Vormarsch auf Bigha mit Verstärkungen fortsetzen. Sie besetzten Apisagi und bedrohen jetzt die Dardanellenhäfen, sowie Tschanal, wo englische Truppen liegen. Ferner besetzten sie Panderma, wo sie eine Batterie schwerer Geschütze eingebaut haben wollen.

Neues vom Tage.

Ein „Versehen“ des Kapitän Erhardt.

Berlin, 10. Mai. Frau Stan Dardinge, die Korrespondentin der „Daily News“, hat den Kapitän Erhardt im Münchener Lager interviewt. Sie berichtet, der Kapitän habe auf ihre Frage, welcher Ursache das Winklingen des Kapp-putsches zuzuschreiben sei, geantwortet: „Nicht dem Generalstreik, sondern den Mäulen jüdischer Unterstaatssekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsbeamten herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Wir haben es unterlassen, diese Unterstaatssekretäre zu erschließen, ein bedauerliches Versehen! Die Feigheit des Bürgertums ist ebenso verantwortlich für unseren Mißerfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unseren Putsch entzückt, blieben aber zu Hause und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizutreten und uns zu helfen.“

Räumung des Ruhrgebiets.

Münster, 10. Mai. Das Reichswehrkommando gab Befehl, alle Verbände im Ruhrgebiet bis 14. Mai in ihre Garnisonen zurückzuführen.

Lohnbewegung.

Berlin, 10. Mai. In einer Sitzung der revolutionären Betriebsräte wurde mitgeteilt, daß seit dem 15. April 10 000 Arbeiter in Berlin entlassen worden seien.

Berlin, 10. Mai. Die Berliner Straßenbahnen haben neue Lohnforderungen um weitere 50-100 Prozent erhoben, deren Erledigung bis zum 1. Juni verlangt wird. Infolge des durch die fortgesetzten Tarifierhöhungen verursachten Rückgangs des Verkehrs sind 615 Straßenbahnangehörige bis zum 15. Mai entlassen worden und weitere Entlassungen werden angekündigt.

Die Berliner Straßenbahnen haben infolge der neuen Lohnforderungen den Tarif für die kleinste Strecke von 50 auf 70 Pf. erhöht.

Allensteiner Verräter?

Berlin, 10. Mai. Das „Allensteiner Volksblatt“ bestätigt die seit kurzem unter der Allensteiner Arbeiter-Schaft umlaufenden Gerüchte, daß sechs Führer der unabhängigen sozialdemokratischen Partei auf Veranlassung der polnischen Propagandazentrale in Allenstein nach

Kapitän Erhardt legt den Beschl. nieder.

Berlin, 9. Mai. Kapitän Erhardt verabschiedete sich heute im Munsterlager von der Marineteilung. Er ließ den Soldaten mitteilen, daß er nicht in Haft gehen, sondern sich in Sicherheit begeben werde.

Die verruchte Hand.

Budapest, 9. Mai. An allen Häusern der Stadt sind Plakate mit Karten angebracht, die den Gebietsverlust verzeichnen, den Ungarn durch den Friedensvertrag erleiden soll. Darunter steht: „Verrucht sei die Hand, die diesen Frieden unterzeichnet!“

Spaltung der liberalen Partei in England.

London, 9. Mai. Auf der Versammlung der liberalen Partei wurden die liberalen Mitglieder der Koalitionsministeriums, besonders Mac Namara mit feindlichen Jurisfen empfangen. Als Leiter der Partei wurde Asquith bestätigt. Die liberalen Anhänger der Koalition verließen den Saal und hielten im Rathaus eine besondere Versammlung ab. „Telegraph“ sagt, die Spaltung der liberalen Partei sei nun eine Tatsache.

Krieg im Osten.

London, 9. Mai. „Daily Herald“ meldet, daß zwei Dampfer mit Munition für die Polen geladen werden, ein anderer Dampfer sei bereits mit 8 Flugzeugen unterwegs.

Der Völkerbund als Wahlparole.

London, 9. Mai. Die „Times“ melden aus Washington: Republikanische Senatoren von allen Staaten beschließen in einer Versammlung, bei der Präsidentenwahl das amerikanische Volk über die Völkerbundsfrage entscheiden zu lassen. Eine Erklärung verurteilt die Völkerbundsstatuten, die Wilson aus Paris mitbrachte, und schlägt für den Fall, daß die Wahl auf einen Republikaner fällt, die Einführung eines Programms vor, wie es Knox in seiner letzten Rede aufstellte, die den Krieg für unglücklich erklärt und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofs fordert. Die Entscheidung der Republikaner wird zwischen Johnson und Knox schwanken.

London, 9. Mai. Carranza ist von Mexiko nach Veracruz geflohen.

Japanische Politik.

Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ berichtet von einem Gespräch mit einem maßgebenden Mitglied der japanischen Mission in Berlin, dem hauptsächlich das Studium der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und die Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zur deutschen Republik obliegt. Der japanische Vertreter versichert, daß Japan beabsichtige, möglichst bald die japanische Zivilverwaltung aus Schantung abzurufen; nur die Schantungseisenbahn und die der Schantungsgesellschaft gehörenden ungleichen Bergwerks- und Landrechte sollen von Japan und China gemeinschaftlich verwaltet werden gemäß den Abj. 2 und 3 des Artikels 156 des Friedensvertrags. Die Frage der deutschen Privatansprüche jedoch harre noch der Klärung. Die japanische Regierung sei offenbar geneigt — was ja schon in früheren Nachrichten andeutungsweise gemeldet wurde —, die Schantungsbahn und Bergwerksgesellschaft als ein Privatunternehmen anzuerkennen und nach den Bestimmungen des Zusatz-

protokolls des Friedensvertrags eine Entschädigung seitens der Japaner zu gewähren. Die japanische Regierung will, wie der japanische Vertreter betonte, in lokaler Weise die Entschädigung festsetzen lassen, und zwar soll der Wiedergutmachungsauschuß dem deutschen Wiedergutmachungskonto den betreffenden Betrag in mexikanischer Dollarwährung zum Zwecke der Abfindung der Schantungsbahn-Aktiengesellschaft gutschreiben.

Die Entscheidung über diese Frage dürfte in den nächsten Tagen fallen. Es wird jedoch von japanischen amtlichen Kreisen ausdrücklich betont, daß die für die Schantungsbahn gutzuschreibende Entschädigung lediglich die Abfindung privater Rechte darstelle, da ja nach dem Friedensvertrag alle Staatsrechte schon vorweg auf Japan frei und unbefristet übergegangen seien.

Was die sibirische Frage, die ja in dem Verhältnis Japans zu den Vereinigten Staaten Amerikas eine große Rolle spielt, betrifft, so wies der japanische Vertreter darauf hin, daß die japanische Regierung jetzt eine öffentliche diplomatische Erklärung abgegeben habe, in der sie betont, daß die Truppen aus Ostibirien zurückgezogen werden sollen, sowie in Korea und in der Mandchurie sich die Verhältnisse gebessert haben. Ferner, daß Japan keinerlei Angliederungen beabsichtige. Die Stadt Wladiwostok, die zurzeit unter dem Schutz japanischer Truppen steht, solle unter internationale Kontrolle kommen, sowie gesicherte Zustände die Zurückziehung der Truppen gestatten. Die Stimmung in japanischen Handels- und Industriekreisen gehe dahin, so bald wie möglich wieder wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland anzuknüpfen. Es ist bekannt, daß die japanische Schiffahrtsgesellschaft Nippon Yusen Kaisha in Hamburg eine Zweigniederlassung errichtet hat und ihre Dampfer von Jochama nach Hamburg monatlich einmal verkehren läßt. An Rohmaterialien wolle Japan zunächst Kupfer und Seide in größeren Mengen liefern. Deutschland solle als Austauschprodukte Kali und Chemikalien liefern. Bei dem schlechten Stand der deutschen Valuta (ein Yen gleich etwa 30 Mk. gegen 2 Mk. Friedensparität) könne es sich, da auf größere japanische Kredite nicht zu rechnen sei, nur um Austauschgeschäfte handeln.

Württemberg.

Stuttgart, 9. Mai. (Bevölkerungsbewegung in Württemberg.) Das Jahr 1919 bringt in der Bevölkerungsbewegung außerordentliche Ueberraschungen. Die Zahl von 32 012 Eheschließungen ist unerhört. 1871 waren es 20 760 Paare, die höchste Zahl im ganzen 19. Jahrhundert. Jagst- und Donaufreis stehen an der Spitze, dann folgen Schwarzwald- und Neckarreis. Die Geburten sind von 38 128 Geborenen im Jahr 1918 auf 51 040 gestiegen. Stuttgart bleibt erheblich unter dem Durchschnitt für den Neckarreis. Die Zahl der Gestorbenen ist überraschend klein, so klein, wie es überhaupt nie vorgekommen ist. 1918 waren es 51 040 Gestorbene, 1919 nur 37 090. Der Ueberschuß an Lebenden beträgt für 1919 11 802 Personen, während in den Kriegsjahren 1914-1919 ein Abmangel von 27 625 Personen zu verzeichnen war.

Stuttgart, 9. Mai. (Kandidatenliste der U.S.P. Die U.S.P. Württembergs hat zur Reichstagswahl folgende Kandidaten aufgestellt: Crispin-Berlin, Memmele-Stuttgart, Anna Ziegler-Heilbronn, Engelhardt-Cannstatt, Rinkel-Göppingen, Müller-Revsburg, Fischer-Eßlingen, Erlensbuch-Badnang, Dausser-Schwemmungen, Sophie Döhring-Stuttgart, Mayer-Heidenheim, Schwan-Heilbronn, Schneck-Stuttgart, Hoiska-Cannstatt, Braun-Friedrichshafen, Kern-Bietigheim, Jüt-Eßlingen, Hix-Stuttgart, Lehmann-Königs- und Bad-Cannstatt.

Lehwinsburg, 9. Mai. (Teueres Essen.) Die hiesigen Gastwirte haben beschlossen, kein Mittagessen mehr unter 5 Mark und im Abonnement unter 4 Mk. abzugeben.

Haigerloch, 9. Mai. (Bluttat.) Ein Mädchen namens Marie Kern aus Mannheim, das mit Zigeunern umherzog, hat den Zigeuner Strapf, während er im Lager schlief, durch einen Revolver schuß schwer verletzt, weil er sie öfters mißhandelt habe. Das Mädchen hat sich selbst der Polizei gestellt.

Tübingen, 9. Mai. (Von der Universität.) Das Rektorat legt den studentischen Verbindungen durch Anschlag am schwarzen Brett nahe, die Festlichkeiten möglichst einzuschränken. — Von der Amerikahilfe ist ein Ballen Kleider zur Verteilung an mittellose Studenten eingegangen. — Ein Allgem. Studentinnenverband ist mit Beginn des Sommersemesters hier gegründet worden.

Stingen, 9. März. (Freiwilliger Tod.) Die geistig nicht normale Ehefrau des Schuhmachers Ernst Trümpelmann sprang in die Abortgrube und ist dort erstickt. Die Frau ist 39 Jahre alt und hinterläßt zwei Kinder im Alter von 6 und 4 Jahren. Sie lebte getrennt von ihrem Ehemann, dem bekannten Kommunisten Trümpelmann, der unter der Anklage eines Sittlichkeitsverbrechens zzt. in Untersuchungshaft sich befindet.

Saulgau, 9. Mai. (Diebstahl.) Der Landwirt Josef Weiß von Renhardsweiler wurde, als er abends mit dem Rad nach Hochberg fuhr, von seinem eigenen Knecht, dem 19jährigen Maier, überfallen, der mehrere Schüsse auf ihn abgab, von denen einer den Weiß leicht verletzte. Der Knecht wurde später verhaftet. Er hatte es auf einen Geldbetrag abgesehen, den Weiß nach Hochberg bringen wollte.

Saildorf, 9. Mai. (Verhaftet.) Ein Einbrecher im Schloß des Grafen Bentinck, Hermann Müßlinger aus Fichtenberg und Jakob Hofmann aus Kröfzelsbach, sind in Stuttgart verhaftet worden. Sie waren noch im Besitz der geraubten Teppiche, Nippfachen usw. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die beiden Diebe auch den Einbruch in der Strickwarenfabrik von Pöchel und Mohr verübt haben.

Dürrenz, 9. Mai. (Diamantene Hochzeit.) Die diamantene Hochzeit feierten in körperlicher und geistiger Frische die Eheleute Gottlieb Boffert und Christiane im Alter von 89 bzw. 86 Jahren. Sechs Kinder, 12 Enkelkinder und 1 Urenkel konnten das Jubeljahr beglückwünschen.

Von der Enz, 9. Mai. (Ehrengabe. — Verschwindelt.) Die Pforzheimer Industrie- und Handwerkskreise haben für den langjährigen Oberbürgermeister Habermeier eine Ehrengabe von 140 000 Mk. gesammelt, die sie ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt überreichten. Bekanntlich ist Habermeier im Herbst zurückgetreten wegen der von radikaler Seite gegen ihn erhobenen und nun als ganz haltlos erwiesenen Beschuldigungen bezüglich der Verwendung öffentlicher Lebensmittel. — Eine Frau von Donaueschingen kam dieser Tage nach Pforzheim, um für 20 000 Mk. Silbermünzen loszuschlagen. Sie wurde aber von drei Deuten nach Karlsruhe gelockt, wo ihr die Münzen abgeschwindelt wurden. Die drei Täter wurden aber bereits in Pforzheim verhaftet.

Karlsruhe, 9. Mai. (Wer bezahlt den Generalkreis.) Die Firma Henk und Niederhoffer in Heidelberg hat an den badischen Landtag das Gesuch gerichtet, die für den Generalkreis von der Firma an ihre Arbeiter gezahlten Löhne zurückzuerstatten. Das Gesuch wurde dem Hansfalkenausschuß überwiesen.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Mai. Die Nachmittags-Sitzung (91.) wird um 5.15 Uhr eröffnet. Fortsetzung der Beratung der Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zur

Volksernährung und Volkswirtschaft.

Abg. Stitzel (3.): Die Zwangswirtschaft kann in ihrem ganzen Umfang nicht aufgehoben werden, solange wir nicht die Produktion oder die Einfuhr außerordentlich steigern können. Berechtig ist die Forderung der Landwirtschaft nach angemessenen Preisen. Wichtig für die Produktionssteigerung ist auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und Futtermitteln. Wünschenswert wäre es auch, daß die Landwirte selbst mehr zur öffentlichen Bewirtschaftung innerhalb ihres Kommunalverbandes herangezogen und daß ungerechtfertigte Preissteigerungen bei den landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln vorgebeugt würde. Der Abg. Körner hat uns nicht gefragt, in welcher Weise er die Versorgung der Minderbemittelten bei den Landlieferungen sicherstellen will. Die Leihpferdeangelegenheit habe viel Unmut bei den Landwirten hervorgerufen. Die Regierung sollte zum mindesten dafür sorgen, daß die Pferde, die jetzt noch abgegeben werden können, auch im Lande bleiben.

Abg. Hornung (U.S.P.): An der Zwangswirtschaft muß unter den heutigen Verhältnissen unbedingt festgehalten werden. Hätten wir sofort nach der Revolution den Großhandelspreis konstant

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

28

(Fortsetzung.)

Zum erstenmal trennen sich Onkel und Nefte in Uneinigkeit. Diane Arevallos Millionen beginnen bereits ihre Schatten voraus zu werfen. — Und sie selbst, die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“?

Sie liegt längst in ihrem spitzenbefehten Bett in tiefem Schlaf und träumt mit glühenden Wangen und lächelnden Lippen von ja wovon eigentlich?

Eder nur von einem einzigen dunklen Männerkopf, dessen Augen sie erst freundschaftlich anblickt, n. dessen stolze Lippen liebevoll zu ihr sprechen:

„Sie werden niemals etwas tun, was unnobel und feige ist!“

Was ist es, das heiße Blut auf Deine Wangen zaubert, das Deine Lippen in seliger Erwartung lächeln läßt, Du liebes, goldherziges Menschenkind?

10.

Norbert Achenbach verbringt eine unruhige Nacht. Obgleich er nicht einen Augenblick daran denkt sich um Diane Arevallos Hand zu bewerben, so geht ihm das Gespräch mit seinem Onkel doch im Kopf herum.

Wäre er leichtgläubig, wie so viele junge Männer der sogenannten „Gesellschaft“ — er würde sich keine Skrupel machen, ein argloses Mädchen um seines Geldes willen zu heiraten. Die meisten sind jüngeren Offiziere sind ja sobald sie keinen genügenden „Zuschuß“ haben, auf „Weilheiteren“ angewiesen.

Ab Norbert hat Grundsätze. Und diese Grundsätze erstrecken sich auch auf seinen Begriff von der Ehe. Der Begriff „Ehe“ ist ihm etwas Heiliges. Ohne Liebe heiraten, erscheint ihm ehrlos. Und er weiß nur zu gut, daß sein Herz Liselotte d'Esterre gehört — schon seit Jahren.

Die beiden hatten einander in der Tanzstunde kennen gelernt. Der schon damals außergewöhnlich ernste Mutjunge Kadett und das lebhafteste, lagenartig geschmeichelte schöne Mädchen fanden sofort Gefallen einander nach dem Naturgesetz, daß Gegensätze einander anziehen. Bei allen Tanzstundenfestlichkeiten war sie seine auserkorene „Dame“. Ihr brachte er Blumensträuße; sie sandte er Bonbons und Konfekt, und so war es geblieben. Auch als er Fähnrich und sie eine „junge Dame“ wurde und man sich nicht mehr in der Tanzstunde, sondern auf wirklichen Bällen traf. Auch als er die Epauletten bekam und sie die zwanzig überschritt.

Freilich weiß Norbert, es ist gar keine Aussicht vorhanden, daß er je um Liselottes Hand anhalten kann, wenn nicht irgend ein Zufall einem von ihnen einen Bogen Geld in die Hand spielt. Aber er hat auch noch gar nicht den Wunsch, sich zu verheiraten. Er ist jung kaum sechsundzwanzig. Wozu sich schon Fesseln — und seien es die Blumensträuße der Liebe — anlegen? Da kam heute nacht dieser unglückselige Onkel Marwitz mit seiner Untenbotschaft. Und mit Norberts guter Laune ist es vorbei.

Unzufrieden mit sich selbst, versieht der junge Offizier an diesem Vormittag seinen Dienst. Dann begibt er sich wie stets, ins Kasino zum Mittagsspeisen. Dabei vergebenswärtig er sich nochmals das gestrige Fest bei den Szaryns.

- Von allen Damen die schönste war unstrittig wie-

der Liselotte d'Esterre. Aber die originellste, in ihrer kindlichen Frische liebrendste, war jene „keine Wilde“ — Diane Arevallo.

Zum erstenmal, daß ein anderes weibliches Wesen in seiner Gedanken neben Liselotte auftauchte. — Und diese „andere“ hat — zehn Millionen!

Er fährt sich über die Stirn. Er mag nicht mehr daran denken. Wie konnte Onkel Marwitz auch nur an den Gedanken kommen, er, Norbert, würde —

In ungewohnter Hast beendet er sein Mittagessen, wobei es seinen Kameraden auffällt, daß er einseitiger ist als sonst. Dann kehrt er zurück in seine, aus zwei möblierten Zimmern bestehende Junggefallenwohnung am Lützowplatz. Er legt sich aufs Sofa und nimmt ein Buch zur Hand. Aber nur wie mechanisch blättert er die Seiten um. Ihm ist, als blickten ihm aus jedem Blatt die großen, schwarzen Augen der „wilden Hummel von Büffel-Goldfeld“ an. Als fühle er noch jetzt, wie gestern in ihrer Nähe, gleich einer wohnenden Brise die frische Ursprünglichkeit ihres Wesens.

Und Millionen hat sie! Zehn Millionen!

Er springt auf. Der Gedanke wird ihm zur Unerträglichkeit. Er versucht auf jede Weise, ihn los zu werden. Mit Gewalt lenkt er seine Gedanken auf Liselotte d'Esterre. In den verführerischen Farben malt er sich ihre Reize aus.

Vergebens

Ein Paar große, schwarze Augen steht dazwischen. Und das Zaubermotd:

„Millionen hat sie! Zehn Millionen!“

Wärent auf sich selbst, läßt er sein Herz fettein. Ein Forscher Mitt wird ihm gut tun und ihn auf andere Gedanken bringen.

steht, so hätten wir auch mehr Nahrungsmittel erzeugen können.

Ernährungsminister Graf: Die Forderung der Aufhebung der Zwangswirtschaft darf nicht mit der Schikanierung der Landwirte allein begründet werden; der Anlaß dazu war die Knappheit an eigenen Lebensmitteln. Wer hat denn den Vorteil gehabt von der Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Häuten und beim Hafer? Nur der Handel. Der Abg. Kapp habe es über sich gebracht, ihm (dem Minister) gegenüber mit dem Wirtschaftsfreiheit der Bauern zu drohen für den Fall, daß die Zentralfürsorge nicht freigegeben würden. Und auf der Landesversorgungsstelle habe der Abg. Kapp gegenüber zwei Beamten gesagt: er wisse wohl, daß bei Aufhebung der Zwangswirtschaft in den Städten noch einige Tausend Menschen verhungern würden. (Pfeiferei bei den Sozialdemokraten. Abg. Kapp: Das ist eine Lüge! Präsident Keil rügt diesen Ausruf. Kapp: Dieser Bericht wurde von einem Schreibmaschinenfeindlein aufgenommen!) Die württembergische Regierung ist den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft stets entgegengekommen. Lieferungsverträge mögen für Norddeutschland besser passen als für den Süden mit seinem parzellierten Besitz. Die Abstimmung der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft hat mich außerordentlich befriedigt: 40 gegen 30 Stimmen! Und dieses Ergebnis, obwohl die Landwirtschaftskammer in der Hauptsache ein Ableger des Bundes der Landwirte ist. Daß die Berliner Nachricht über die starke Erhöhung der Fleischpreise auf Wahrheit beruht, kann ich nicht annehmen. Ich habe die Überzeugung, daß die Forderung der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung lediglich einem agitatorischen Bedürfnis entspricht. (Zurufe rechts: Nachteil! Bogt: Lächerlich!) Hierauf polemisiert der Minister noch scharf gegen die Haltung des Abg. Körner in der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft und sagt, ob denn der Abg. Körner kein Gefühl dafür habe, daß er sich damit in einem direkten Gegensatz zum Christentum setze. Körner: Das hat mit dem Christentum nichts zu tun! Dann sagt der Minister gegenüber dem Abg. Ströbel, dieser habe sich feinerzeit im Finanzanschluß für den Einbringungsvorschalt einer Stelle eingesetzt, von der er im Voraus gemußt habe, daß er (Ströbel) sich auf sie berufen würde. (Stürmischer Widerspruch und großer Lärm rechts. Rufe: Unart! Gemeinheit! Ströbel: Ich verbitte mir das!)

Abg. Adorno (3.) legt die Gründe der Verärgerung der Landwirtschaft dar und sagt, der Landwirt habe die hohen Brotpreise nicht verschuldet; er habe auch keinen Vorteil davon; die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreisen habe allmählich eine Höhe erreicht, die Anlaß geben sollte, daß die Regierung sich damit befaßt. Würden die Selbstkostenpreise der Milch aus den städtischen Gütern veröffentlicht, so würde man sehen, wie viel der Landwirt bei den jetzigen Milchpreisen verliert. Für 1 Liter Dönnmilch zahlt man heute aber bis 2 Mk. 70 Pf.

Abg. Wurm (B.V.): Den Ton, den der Ernährungsminister angeschlagen hat, war man bisher noch nicht gewöhnt. Er hat den Vorwurf der Zweipältigkeit gemacht. Dieser Vorwurf wundert mich von einem Angehörigen der Zentrumspar- tei. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Die Zentrumspar- tei besteht bekanntlich aus einem Bauern- und einem Arbeiterflügel. Vorher hieß die Parole: Kapp, jetzt heißt sie: Kapp. Die erste tut offenbar ihre Wirkung nicht so, wie man es wünscht. Kapp wird für seine Aeußerung zwei Zeugen beibringen. Wenn wir für Aufhebung der Zwangswirtschaft kämpfen, kämpfen wir für die Gesundheit der Volkswirtschaft.

Abg. Körner zeigt noch, wie er sich die Unlage der Landwirtschaft, was den Ernährungsminister wiederum zu polemischen Bemerkungen veranlaßt.

Schluß der Sitzung 10⁴ Uhr.

Stuttgart, 8. Mai.

(92. Sitzung.) In der Abstimmung über die Anträge des Volks- wirtschaftlichen Ausschusses wird der Antrag des Bauernbunds die Zwangswirtschaft für 1920 aufzuheben, gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Die Ausschusstränge werden sämtlich angenommen. Annahme findet auch der Antrag Haag (B.V.) für den kommenden Herbst von Weinbühnter-erben abzuleihen. Abgelehnt wird gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Demokraten und des Abg. Maunz (3.) ein weiterer Antrag Haag, von allen beherrschenden Maßnahmen beim Weinvertrieb abzu- sehen. Abgelehnt wird schließlich gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Demokraten und einiger Zentrumsmitglieder der Antrag Bogt (B.V.), den Metzgerinnungen den direkten Auf- kauf von Schweinen und Kälbern innerhalb bestimmter Be- zirke zu gestatten.

Das Gesetz über den Forstzweckfonds wird in allen 3 Le- sungen einstimmig angenommen.

Bei der 3. Beratung des Landtagwohngesetzes stellt Abg. We- ber (3.) den Antrag auf Streichung der redaktionellen An- merkung, die der Abg. Konrad Hausmann beantragt hat. Der Antrag wird angenommen.

Bei der namentlichen Schlussabstimmung stimmen 105 Abge- ordnete mit ja, 3 mit nein.

Das Schulgesetz angenommen.

Entwässerungen des Abg. Beißwänger.

Abg. Dr. Beißwänger (B.V.): Ein Teil meiner Freunde wird dem Gesetz zustimmen. Auch wir wollen langjährigen Wän- schen der Lehrer entgegenkommen. Die Lehrer müssen in eine Befordungsklasse kommen, die ihrer Vorbildung und Verant- wortlichkeit entspricht. Meine religiöse Auffassung hat sich nicht geändert, wie der Kultminister gesagt hat. Dr. Nieber hatte als Religionsprofessor dieselben Auffassungen wie ich. Es gibt bekanntlich viele Leute in Deutschland, die in den letz- ten Jahren ihre Ansicht und Gesinnung ändern. 1904 habe

und er reitet hinaus nach Birkenfelde.

Schon mehr als vierzehn Tage ist er nicht draußen gewesen. Jetzt verlangt es ihn plötzlich darnach. Die lieben, vertrauten Räume wiederzusehen und das gute, alte Gesicht des Vaters und die sanften Augen und das stille Lächeln der Schwester.

In raschem Trab reitet er die Chauffee entlang. Schon als er das Getriebe der Weltstadt hinter sich hat, wird ihm wohl. Er ist im Herzen kein richtiges Großstadtkind, obgleich er die Freuden der Großstadt, wie alle jungen Leute, nicht verachtet. Stets zieht es ihn hinaus in Gottes freie Natur.

Als er nach einem Ritt von einer guten Stunde das alte graue Gemäuer von Birkenfelde hinter den zum Teil bereits entlaubten Bäumen auftauchen sieht, wird ihm ganz warm um's Herz. Er liebt den Staumstif seiner Väter, und der Gedanke, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wie lange er der Familie erhalten bleibt, ist ihm unerträglich.

In Sinnen versunken, reitet er die Hauptallee ent- lang. Ein feuchtkalter Herbstwind segt die letzten gelben Blätter von den Bäumen. Knisterndes Laub ringsum auf allen Wegen.

Herbststimmung.

Schweigend wischt Norbert dem herbeieilenden Tie- ner die Bügel seines Pferdes zu. Dann steigt er die halbpante Freitreppe empor.

Ein hohes, ernstes Vestibül empfängt ihn, mit brei- ten Bogensfenstern und kunstvollen Säulen. Ringsum an den Wänden Portraits der Vorfahren derer von L. enbach.

Fortsetzung folgt.

der Abg. Dr. Nieber dieselben Bedenken gegen das 8. Schul- jahr wie meine Freunde. Heute vertritt er andere Gedanken. Nieber sagte früher: es wäre ein großes Wagnis, wenn der Staat die Simultanschule einführen würde. (Hört.) Ein württ. Regierungsvorsteher hat auf der ersten Tagung des Reichschul- ausschusses in Berlin ausgeführt, daß die württ. Schulerwaltung zu den gleichen Verhältnissen wie in Hessen kommen sollte. (Hört, hört.) Dabei gab er zu, daß eine Volksabstimmung eine Wechheit für die Konfessionschule geben würde. Seine Aus- führungen ließen darauf hinaus, die Konfessionschule zurück- und die Simultanschule durchzuführen. Das Recht der Konfessions- schule sollte genommen werden. Jede Gemeinde mit 10 Proz. An- gehörigen einer anderen Konfession sollte unter allen Umstän- den eine Simultanschule haben. (Hört.) Wir dürfen uns von Berlin nicht überempfinden lassen. Es darf nicht hinter ver- schlossenen Türen verhandelt werden. Es ist kein Zweifel: solange ein namhafter Teil unserer Bevölkerung aus Gewissens- gründen der Simultanschule widersteht, wäre es ein großes Wa- gnis, wenn der Staat die Simultanschule einführen würde. (Bei- fall rechts und im Zentrum.)

Kultminister Dr. Nieber, durch diese Enthüllungen sichtlich überrascht, will nicht auf persönliche Bemerkungen eingehen. Die Vorbereitungen zu den Gesetzen vollziehen sich in den Kan- zeleien. Die Entscheidungen werden nicht hinter verschlossenen Tü- ren getroffen. Die Aeußerungen des Referenten waren unver- bindlich. Maßgebend sind die Bestimmungen der Reichsverfas- sung in Art. 146. Soweit es aus das Kultministerium an- kommt, wird Art. 146 in der loyalsten Weise durchgeführt.

Abg. Beißwänger (B.V.): Ausgerechnet die beiden württem- bergischen Vertreter haben besonders unfreundlich über die Kon- fessionschule gesprochen, während die Vertreter Badens und der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Schulz ein gutes Wort für die Konfessionschulen einlegten. Dr. Nieber sollte seine Vertreter richtig unterweisen.

Minister Volk: Die Mitteilungen Beißwängers sind wenig erfreulich. Das eine geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor: daß die beiden Regierungsvertreter ihre Meinung zum Aus- druck brachten als Anschauung der württ. Regierung, daß die Simultanschule möglichst durchgeführt werden soll. Wenn die Entwürfen der Regierungsvertreter die Richtung für die Schulpo- litik geben, wäre für uns (das Zentrum) ein Verbleiben in der Regierung nicht mehr möglich.

Abg. Dr. Bone (3.): Daß persönliche Meinungen im Na- men der Schulverwaltung abgegeben werden, darf nicht vor- kommen.

Kultminister Dr. v. Nieber: Seit meinem Amtsantritt habe ich alles getan, um den Schulkampf nicht in das Volk zu tra- gen. Vertrauen Sie der Loyalität, die ich zugesagt, daß die Art. 146 ufw. der Reichsverfassung durchgeführt werden.

Abg. Henmann (5.): Wir haben das Verhältnis zwischen Schule und Kirche gelöst. Sie (zum Zentrum) möchten diese Entwicklung wieder rückwärts lenken. Die Schule ist nach staatlichen Interessen auszubauen.

Abg. Hausmann (D.V.): Wir wollen uns nicht um den großen Gewinn bringen lassen, der im letzten Jahr erreicht worden ist. In der Verfassung ist er in gegenseitiger Einmütig- keit festgelegt worden.

Abg. Volk: Die Frage, ob Konfessions- oder Simul- tanschule, ist keine schultechnische Frage, wie Hausmann sagte. Die Erziehungsfreiheit der Eltern haben die Regierungsverte- treter nicht wollen.

Ein Antrag Wurm (B.V.), daß der Kirche der nach der Verfassung zustehende Einfluß auf Erteilung des Religions- unterrichts gesichert werde, wird abgelehnt.

Das ganze Schulgesetz wird mit 87 gegen 9 Stimmen an- genommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 9.30 Uhr.

Stuttgart, 9. Mai. (Vom Rathaus.) Der Ge- meinderat hat den Strompreis um 20 Pfg. für die Kilowattstunde und des Gaspreis um 25 Pfg. auf 1.35 Mark erhöht. Die städtischen Nahrungsmittelläden wer- den auf 1. Oktober angehoben.

Trunksuchtgesetz. Die württ. evang. Landes- kirchenversammlung richtet an die Reichsregierung das Ersuchen um Schaffung eines einheitlichen Trunksucht- gesetzes.

Freimarken für Antwortschreiben. Aus Be- sekerreisen wird der „Köln. Zig.“ geschrieben: In frü- heren Zeiten war es nichts ungewöhnliches, daß die Brie- fe, auch im Privatverkehr, unfrankiert abgesandt wurden. Wüschte man auf einen Brief eine Antwort, so legte man eine Freimarkle für die Antwort bei. Das hat fast ganz aufgehört, seit das Briefporto so billig wurde. — 5 Pfg. für eine Postkarte, 10 Pfg. für einen Brief. Bei dem jetzigen teuren Porto sollte aber diese Sitte wie- der eingeführt werden. Oder kann man es jemand zu- muten, daß er auf eine Anfrage ihm völlig unbekannter Leute zu einer Antwort auch noch die jetzt so hohen Portokosten trage? Für den Schreiber dieser Zeilen, an den solche Anfragen ihm Unbekannter tagtäglich einlau- fen, würde das nach überschlägiger Berechnung eine Por- toauslage von 500 und mehr Mark jährlich ausmachen. Man lehre also schleunigst zu der alten Sitte zurück „für Antwort liegt bei“, wenn man überhaupt auf eine solche Anfrage die Bemerkung hinzu: „Freimarkle wort rechnen will.“

Der Gesundheitszustand der Schuljugend.

Bei der Gründungsversammlung eines Elternvereins des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums in Stuttgart gab Stadtdarzt Prof. Dr. Gafst par folgende interessante Mit- teilung über den Gesundheitszustand der Schuljugend.

Seit 1914 ist eine Steigerung der Todesfälle, insbe- sondere im Anschluß an die Tuberkulose, das Auftreten tödlicher Epidemien (Grippe), eine Vermehrung der Krank- heitsdauer, Abnahme des Gewichts und Zurückgang der Körperlänge festzustellen. Gerade im schulpflichtigen Al- ter läßt sich dies besonders deutlich beobachten: Unsere Gymnasisten von 1919 sind im Durchschnitt durchweg kleiner und leichter als die von 1913, um 1—2 Kilo- gramm und 2—3 Zentimeter. Im Jahr 1913 waren in den höheren Knabenschulen Stuttgarts durchschnitt- lich 7½-Prozent als blutarm bezeichnet. Im Jahr 1919 waren es 15,1 Prozent, also eine Verdoppelung der Zahl. Wahrscheinlich hängt mit dieser Steigerung auch die Zunahme der nervösen Erscheinungen zusammen. Hier ist eine Zunahme um's 10fache eingetreten. Auch auf dem Gebiet der Reinlichkeit erlebt man im An- schluß an die erschwerte Reinigung, an die Vermehrung der Aufzuchtungsgelegenheit, an die besonders bösartige Natur mancher Krankheitsreger Überraschungen. So hat die Zahl der Hautkranken an den höheren Schu- len um das Doppelte sich gesteigert, so findet man eine Verabiehung des Gehörs durch entzündliche Prozesse im Nasen und Mittelohr ebenfalls in fast doppelt so vielen Fällen. Gleich geblieben ist sich die Zahl der Drüsen, der akuten Katarakte und der Herzgeräusche. Erfreulich- weise sind die schlechten Augen von rund 2000 auf 1700 zurückgegangen.

Achuliches ist von den höheren Töchterschulen zu berichten, nur daß dort der Gewichtsverlust noch grö- ßer ist. Unsere Bürgerschulen sind fast unverän- dert durch den Krieg gekommen. Die Mädchenmittelschulen weisen ähnlich wie die höheren Töchterschulen ziemlich Gewichtsverluste auf. Die Volksschulen wei- sen eine günstigere Entwicklung auf als die höheren Schu- len. Ein Gewichtsverlust ist hier nicht eingetreten, nur ein Zurückbleiben im Längenwachstum. Damit sind die Kinder im Jahr 1919 im allgemeinen gedrungener und etwas schwerer geworden als ihre gleichaltrigen Kam- eraden aus 1913.

Einer Anregung des Redners folgend, beschloß die Versammlung, die Stadtverwaltung bzw. das Ernäh- rungsministerium zu bitten, daß spätestens nach der neu- en Ernte ganz allgemein den Schülern im Alter von 12—18 Jahren eine Brotzulage gewährt werde.

Baden.

Karlsruhe, 9. Mai. (Wer bezahlt den Ge- neralstreik.) Die Firma Heut und Niederhe- ier in Weidelsberg hat an den badrischen Landtag das Ge- such gerichtet, die für den Generalstreik von der Firma an ihre Arbeiter gezahlten Löhne zurückzuerhalten. Das Gesuch wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Von der Enz, 9. Mai. (Ehrengabe. — Be- schwindelt.) Die Pforzheimer Industrie- und Hand- werkskreise haben für den langjährigen Oberbürgermeister Habermehl eine Ehrengabe von 140 000 Mk. gesam- melt, die sie ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt überreichten. Bekanntlich ist Habermehl im Herbst zurückgetreten wegen der von radikaler Seite gegen ihn erhobenen und nun als ganz haltlos erwiesenen Beschul- digungen bezüglich der Verwendung öffentlicher Lebens- mittel. — Eine Frau von Donaueschingen kam dieser Tage nach Pforzheim, um für 20 000 Mk. Silbermünzen loszuschlagen. Sie wurde aber von drei Leuten nach Karlsruhe gelockt, wo ihr die Münzen abgehändelt wur- den. Die drei Täter wurden aber bereits in Pforzheim verhaftet.

Bretten, 9. Mai. Auf dem alten Friedhof wur- den in den letzten Tagen verschiedentlich Grabständer ver- brüht. Von dem Grabmal des Bürgermeisters Wittum wurde die metallene Plakette abgeschraubt, von verschie- denen Grabern die Kreuze herausgerissen.

Mannheim, 9. Mai. Die bürgerlichen Parteien in Ludwigsbad (Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokra- tische Partei und Zentrum) haben sich auf die Kandidatur des Stadtrats Dr. Christian Reich für die Oberbürger- meisterverwahl geeinigt. Die Sozialdemokraten werden ihre Stimmen dem früheren Ministerpräsidenten von Bayern, Johann Hoffmann, geben.

Seigerloch, 9. Mai. (Blutrat.) Ein Mädchen namens Marie Kerr aus Mannheim, das mit Zigeunern umherzog, hat den Hingerer Strahl, während er im Lager schlief, durch einen Revolverkugeln schwer verletzt, weil er sie öfters mißhandelt habe. Das Mädchen hat sich selbst des Polzes gestellt.



Bohnenmehlsuppe mit Kartoffeln. Für 4—6 Personen nimmt man ½ Pfd. Bohnenmehl, rührt es mit kaltem Wasser klar und schüttet dieses in kochendes Wasser, worauf es mit 1—2 fein- geschnittenen Zwiebeln, Suppenkraut und Salz langsam 5 Mi- nuten kochen muß und dann in die Kochkiste gestellt wird. Son- stige Kochzeit ½—¾ Std. 8—10 Kartoffeln für sich gar gekocht, werden, gegebenenfalls mit dem Wasser, wenn die Suppe sonst zu dick wird, der fertigen Suppe hinzugefügt. Dann kocht man sie mit Sahne oder Fleischextrakt.

Eine Probe aufs Exempel. Einer der großen amerikanischen Eisenbahnkönige hatte mit dem Direktor der modernsten und besten höheren Schule Amerikas, der sich besonders rühmte, u. Gegenfah zu den deutschen Gelehrtenschulen die Schüler zu praktischen Geschäftsmännern zu erziehen, das Abkommen getroffen, daß ihm dieser jedes Jahr die zwölf besten Abiturienten seiner Anstalt für seine ungeheuren Unternehmungen schicken sollte. Die jungen Leute sollten dann bei guten Leistungen schnell in leitende Stellen aufrücken. Aber nicht einer dieser hervorragenden Abiturienten hat sich nach dem Urteil des Industriellen als brauchbar erwiesen; allen fehlte es an logischer Durchbildung des gesamten Denkens, und die praktischen Kenntnisse, die sie mit- gebracht hatten, hatten sie nur einseitig und oberflächlich gemacht. Der Eisenbahnkönig fügte hinzu, daß die Deutschen ihre Siege in Industrie, Handel und Wissenschaft der gründlichen Bildung und der strengen Schulung des Geistes und des Wil- lens zuschreiben müßten.

Aus der Heimat.

Sigung des Gemeinderats am 4. Mai 1920. Anwesend Vorsitzender und 10 Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende mit ehrenden Worten des verstorbenen Gemeinderatsmitglieds Karl Eitel, Autscher von hier. Der Gemeinderat erhebt sich zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen von den Sitzen. Zu Folge Antrags des städtischen Forstamts wird mit Rücksicht auf die außerordentliche Verteuerung der Kulturarbeiten und wegen Vornahme unvorhergesehener Kulturarbeiten der Kulturkostenvoranschlag von 41 500 M. auf 60 000 M. erhöht und die nötigen Mittel hierzu aus den Holzrößen zur Verfügung gestellt. Das Forstamt stellt außerdem noch die Einbringung eines weiteren Nachtragskulturkostenvoranschlags in Aussicht, was vom Gemeinderat gutgeheißen wird. Die käufliche Erwerbung von 2 eis. Behältern von je 1000 Ltr. zur Aufbewahrung des Gasöls für das städt. Elektrizitätswerk von der Maschinenfabrik Emil Stähler in Stuttgart zum Preise von je 8000 M. auf 16000 M. wird genehmigt. Als Dienstmänner für die Badezeit 1920 werden aufgestellt: Eugen Haifsch, Hermann Eitel, Gottlob Hortheimer, Christof Collmer, Albert Bott, Wilhelm Krauß, Johann Kappler und Karl Zipp. Dem Robert Speidel, Kraftwagenbesitzer in Mühlacker wird die wiederfristliche Erlaubnis erteilt, während der heurigen Badezeit in hiesiger Stadt den Droschkendienst mittelst eines Kraftwagens ausüben zu dürfen. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags zwischen

dem Arbeitgeberverband Württ. Gemeinden einerseits und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Stuttgart, andererseits, fanden in den letzten Wochen statt und führten bei der am 30. März 1920 in Stuttgart erfolgten Besprechung zum Abschluß eines Lohn tariffs, dem sich sämtliche Mitglieder des Arbeitgeberverbands und des Verbands der Gemeindefarbeiter gleichermaßen zu unterwerfen haben. Der Tarifvertrag tritt am 1. April 1920 in Kraft und gilt bis 31. März 1921. Er regelt die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter nach 4 Ortsklassen und 4 Lohnklassen. Für Wildbad läme die Ortsklasse II in Frage, welche folgende Löhne vorsieht: Lohnklasse I (gelernte Handwerker) 24 M., Lohnklasse II (angelernte Handwerker) 22 M., Lohnklasse III (ungelernte Arbeiter) 22 M., Lohnkl. IV (Arbeiterinnen) 13 M. Hierzu kommen noch für alle Klassen täglich 5 M. Teuerungszulage für Arbeiter über 21 Jahre, von 3 M. für Arbeiterinnen über 21 Jahre, von 2 M. für Arbeiter und Arbeiterinnen von 18—21 Jahren. Andererseits sind verschiedene Abstufungen für jugendliche Arbeiter und Zulagen für außergewöhnlich schwierige Arbeiten vorgesehen. Ferner kommen hierzu Kinderzulagen 30 M. für jedes von den Arbeitern unterhaltene Kind unter 16 Jahren. Für nicht vollarbeitfähige Arbeiter gilt der Tarif nicht. Für diese wird der Lohn durch den Gemeinderat nach Anhörung des Arbeiterrats festgesetzt. Bei der gestern hier stattgehabten Verhandlung zwischen der Stadtgemeinde, vertreten durch den Stadtvorstand und die Kommission für Neuordnung der Gehälter und Löhne einerseits und dem Gauleiter des Ge-

meindarbeiterverbands und dem Arbeiterausschuß der hiesigen Gemeindefarbeiter andererseits, wurde beantragt, daß die hiesige Stadtgemeinde dem Arbeitgeberverband Württ. Gemeinden beitreten, sich dem abgeschlossenen Lohn tarif unterwerfen und der Ortsklasse II des Tarifs zugewiesen werden möge. Bezüglich der Lohnfestsetzung für nicht vollarbeitfähige Arbeiter, die besonders unter den Straßenarbeitern vertreten sind, werden 3 Abstufungen der 3. Lohnklasse vorgeschlagen, nämlich vollarbeitfähige 22 M., beschränkt arbeitfähige 20 M., starkbeschränkt arbeitfähige 18 M. Außerdem wäre in einem Zusatzvertrag zum Lohn tarif noch verschiedenen besonderen Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Nach längerer Beratung wird beschlossen, dem Arbeitgeberverband der Württ. Gemeinden als Mitglied beizutreten und die im Lohn tarif vom 30. März 1920 mit den für hier geltenden Zusätzen festgesetzten Löhne samt Teuerungszulagen und Kinderzulagen den hiesigen städtischen Arbeitern und Tagelöhnern mit Wirkung vom 1. April 1920 an zu bewilligen. Das sämtliche bisher von den Arbeitern zu stellende Geschirr wird künftig auf Kosten der Stadtgemeinde angeschafft. Als Borarbeiter wird Albert Schmid, Tagelöhner hier, probeweise bestellt. — Es folgen noch kleinere Gegenstände.

— **Erhöhung der Kohlensteuer.** Dem „Berl. Tageblatt“ wird geschrieben, daß die Kohlensteuer von 20 auf 60 Prozent erhöht werden soll. Der jetzige Preis für die Tonne Kohlen würde dementsprechend von 200 auf 256 M. steigen.

Bekanntmachung.

Der Zugang zur Hohenlohestraße von der Rennbachstraße aus ist bis auf weiteres für Fuhr- und Fußverkehr gesperrt.

Wildbad, den 10. Mai 1920.

Stadtschultheißenamt: Bähler.

Margarine.

Auf Lebensmittelmarke 8 wird Margarine abgegeben.

Listenschluß: Mittwoch abend 6 Uhr.

Stadt. Lebensmittelamt.

Futtermittel.

Bestellungen auf die vom Kommunalverband im Engländer Nr. 106 vom 8. Mai 1920 angebotenen Futtermittel sind bis Mittwoch, den 12. Mai, mittags 12 Uhr beim Meldeamt anzubringen.

Wildbad, den 10. Mai 1920.

Stadtschultheißenamt: Baegner.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Rauchwaren usw. sind eingetroffen und können Mittwoch abend von 6 Uhr an abgeholt werden. Stgt.

Allgemeine Ortsrestaurantasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Durch Erhöhung der Grundlöhne und somit der Krankenversicherungsbeiträge wird es einem großen Teil unserer freiwillig versicherten Mitglieder schwer werden, die Beiträge in der IV. Klasse zu bezahlen. Denselben wird daher anheimgegeben, sich in eine niederere Klasse und zwar bis zur II. Klasse mit einem Wochenbeitrag von 2 Mark versehen zu lassen.

Die freiv. versicherten Mitglieder, welche von diesem Recht Gebrauch machen, wollen solches bei unseren Geschäftsstellen umgehend zur Anzeige bringen.

Wildbad, den 10. Mai 1920.

Kassenverwaltung: Edelmann.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Wildbad, den 11. Mai 1920.



Gestern abend 9 Uhr entschlief mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Schill Malermmeister.

nach langer, schwerer Krankheit im Alter von nahezu 64 Jahren

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die Gattin: Sophie Schill.

Beerdigung: Donnerstag nachm. 4 Uhr.

Für etwa zugedachte Blumenspenden wird im Sinne des Entschlafenen herzlich gedankt.

Hotel Graf Eberhard

verkauft noch 7 vollständige Betten (poliert — Hochhaarmatratzen) und ein hübsches Kinderbett.

Einige Waggon

Hochofen-Cement

abzugeben.

Anfragen bei der Exped. ds. Blattes.

Segeltuchsandalen

mit Ledersohlen, für Kinder.

Schwarze

Stoff-Schnürschuhe

für Frauen,

in allen Größen und schöner Auswahl, zu billigen Preisen.

Preiswerte Lederschuhwaren.

Hermann Lutz, Wildbad.

Schellfisch, Cabliau

sind frisch eingetroffen bei

Adolf Blumenthal.

Chr. Schmid u Sohn :: Wildbad

Wir haben anzubieten:

Prima deutsche Toiletenseife, pro Stück Mk. 3.75, Rasierseife und Rasiermesser, Rasierapparate und Ersatzklingen, Haar- und Kleiderbürsten, Waschlapfen, Schwämme, Hand- u. Zahnbürsten, Seifendosen (weiss Zelluloid), Haarwasser (Birkenwasser v. Dralle), Mundwasser (Odol, Odonta), Haar- und Gesichtspuder, Feste u. flüssige Brillantine, Haaröle.

Geldtaschen und Portemonnaies aus Leder, Taschenlampen, Batterien, Feuerzeuge, Wickel-Gamaschen, Mars usw.

Thermosflaschen Mk. 18.—

Spazier- und Bergstöcke

Hosenträger (Gummil)

Photo-Apparate

Bedarfs-Artikel.

Hotel Gold. Ochsen Eröffnung Himmelfahrtsfest.

G. Schmid.

Klavierstimmungen

werden auch in diesem Sommer wieder gewissenhaft ausgeführt. Bestellungen werden in der Buchhandlung Paucke gern entgegengenommen.

Neuheiten

Batist und Voile

weiss und gemustert

Dirndl-Stoffe

reizende Muster

Damen-Jacken

Blusenschoner

in allen Farben

empfehlen in reich sortierter Wahl

Ph. Bosch Nachf. Wildbad.

Telephon 32.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du elegantes Schuhwerk haben willst — So denk nur an die Liberal!

bekannte Marke

MERCEDES

Baugeschichtl. Vorträge.

Infolge ungünstiger Zugverbindungen kann die Besichtigung Maulbronn vorerst nicht erfolgen. Vortrag und Exkursion sind deshalb bis auf weiteres verschoben. R.

Eine guterhaltene

Nähmaschine

sowie ein gut erhaltener Kinder-Klappsportwagen zu verkaufen. Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

Teeservice

für 6 Personen zu verkaufen.

Zu erst. in d. Exped. ds. Bl.

Möbl. Zimmer

für dauernd zu mieten gesucht. Off. unter B 222 an die Exped. ds. Bl.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr

Turnstunde,

wozu die älteren Turner freundlichst eingeladen sind.

Der Turnwart.

Verein ehemalig. Soldaten und Kriegsteilnehmer.

Wilhelm Schill, Malermmeister,

ist gestorben.

Der Verein tritt zur

Beerdigung a. Donnerstags

14 Uhr vor dem

Rathause an.

Um zahlreiche Beteiligung

erhucht

Der Vorstand.

Stütze

wird gesucht in ein auswärt. Hotel. — Zu erst. bei Ad. Blumenthal.